

Aktuelle Trends

*Jürgen Kolb/Lioba Trabert/  
Christian Dreger/Wolfram Kempe*

Kombilohn für Sozialhilfeempfänger  
– fiskalische Grenzen eines Reformvorschlags

*Thomas Meißner*

Bulgariens erste Erfahrungen mit seinem  
Currency board

*Micheal Seifert*

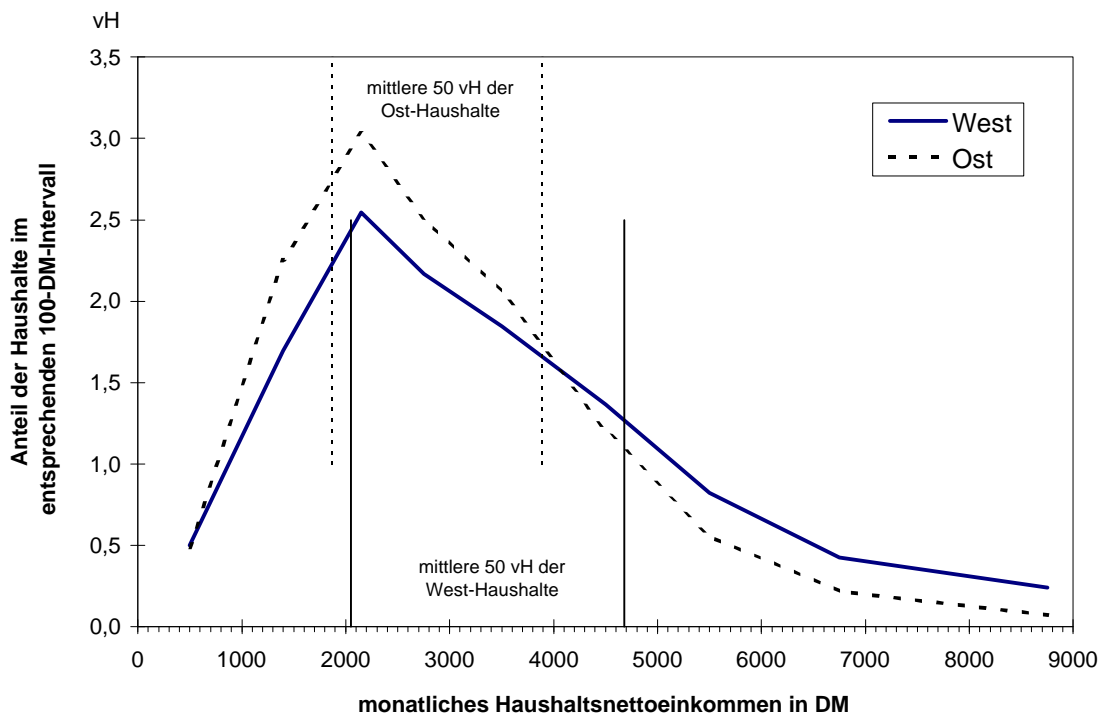
Vorlauf des Exports  
im Konjunkturverlauf verringert sich

*Doris Gladisch*

IWH-Industrienumfrage im Mai 1998:  
Anziehende Binnenkonjunktur belebt ostdeutsches  
Investitionsgütergewerbe

## Aktuelle Trends

### Verteilung der Haushaltseinkommen in Ost- und Westdeutschland 1997



Quelle: Mikrozensus 1997.

Die Einkommen in Ostdeutschland sind bekanntlich niedriger als in Westdeutschland. Weniger bekannt dürfte dagegen sein, daß der entsprechende Einkommensrückstand nicht so sehr auf gegen- einander verschobenen Einkommensverteilungen beruht, sondern vielmehr auf eine geringere Ein- kommensspreizung in Ostdeutschland zurückzuführen ist. Ordnet man die Haushalte nach ihrem monat- lichen Nettoeinkommen, dann überspannen zum Beispiel die mittleren 50 vH der Haushalte in Westdeutschland einen Bereich von gut 2.600 DM, während sich die entsprechende Einkommensspanne in Ostdeutschland auf einen Bereich von nur etwa 2.000 DM konzentriert. Dabei liegen die unteren Grenzen dieser beiden Einkommensbereiche vergleichsweise eng beieinander. Die relative Konzentration der ostdeutschen Einkommensverteilung resultiert folglich in erster Linie aus einer geringeren Streuung von Spitzeneinkommen. Dennoch verfügen immerhin knapp 40 vH der ostdeutschen Haushalte über ein Einkommen, das höher ist als das Einkommen des „mittlersten“ westdeutschen Haushalts.

Da die zugrundeliegenden Befragungsdaten hauptsächlich laufende Einkommen zum Befragungszeit- punkt widerspiegeln, bleiben einmalige Einkünfte wie Zinserträge und Sonderzahlungen tendenziell un- berücksichtigt. Könnten auch diese eingerechnet werden, würden die Verhältnisse in der Grafik noch deutlicher zum Ausdruck kommen, da dies vor allem zu einer Abflachung des Verlaufs der westdeutschen Verteilung führen dürfte. Die Gründe hierfür sind zum einen darin zu sehen, daß ost- deutsche Unternehmen wirtschaftsbedingt seltener dazu in der Lage sind, übertarifliche Zulagen zu gewähren. Zum anderen können ostdeutsche Haushalte auch zu einem geringeren Teil auf Vermögens- einkommen zurückgreifen.

*Hilmar Schneider*  
(his@iwh.uni-halle.de)

# Kombilohn für Sozialhilfeempfänger – fiskalische Grenzen eines Reformvorschlags<sup>1</sup>

*Für Sozialhilfeempfänger lohnt es sich derzeit kaum einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Im Rahmen der Sozialhilfe bestehen nämlich nur geringe Möglichkeiten zur Einkommensverbesserung durch eine Arbeitsaufnahme. In diesem Zusammenhang hat das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) kürzlich einen Verordnungsentwurf in die Diskussion eingebracht. Der darin vorgeschlagene Kombilohn soll die bisherigen Möglichkeiten zur Erzielung von Erwerbseinkommen attraktiver gestalten, damit sich Erwerbsarbeit für Leistungsempfänger verstärkt auszahlt. Gleichzeitig werden die Förderbedingungen differenzierter gestaltet. Während im Status quo für alle Beschäftigungsverhältnisse und alle Personen die gleichen Konditionen gelten, begünstigt der Kombilohnvorschlag in besonderer Weise Haushalte mit Kindern und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.*

*Aufgrund dieser spezifischen Modalitäten lassen sich die Konsequenzen der rechtlichen Änderung auf den ersten Blick nicht erkennen. Die Folgen für den Arbeitsmarkt und die Sozialhilfekassen werden deswegen auf der Basis eines mikroökonomischen Modells abgeschätzt. Die Ergebnisse zeigen exemplarisch für das Land Sachsen-Anhalt, daß eher bescheidene Beschäftigungserfolge zu erwarten sind. Bei Einführung des BMG-Kombilohns würden nach den durchgeführten Berechnungen ca. 2,4 vH der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger zusätzlich auf den Arbeitsmarkt treten. Je nach unterstellter Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes sind damit Einsparungen für die Sozialhilfeträger in Sachsen-Anhalt in Höhe von maximal 6,8 Mio. DM pro Jahr verbunden. Dem stehen jedoch Kosten durch Mitnahmeeffekte in Höhe von jährlich 6,3 bis 9 Mio. DM gegenüber. Insgesamt dürften bei Umsetzung der Neuregelung die Mehrausgaben die Ersparnisse übersteigen.*

<sup>1</sup> Dieser Beitrag beruht auf den Ergebnissen eines vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Sachsen-Anhalt an das IWH vergebenen Gutachtenauftrags. Das Gutachten ist publiziert unter TRABERT, L.; DREGER, C.; KEMPE, W.; KOLB, J.: Kombilohn in Sachsen-Anhalt. Gutachten zu den erwarteten fiskalischen Auswirkungen des BMG-Vorschlags bei der Anrechnung von Erwerbseinkommen auf die Sozialhilfe, in: Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit (Hrsg.): Kombilohn in Sachsen-Anhalt, Forschungsbeiträge zum Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt, Band 12, Teil II. Magdeburg 1998.

## **Das Dilemma der Sozialhilfefalle**

Die Sozialhilfe in der Bundesrepublik ist an der Bedürftigkeit der Empfänger orientiert.<sup>2</sup> Sozialhilfe springt erst ein, wenn für Haushalte das verfügbare Einkommen aus Erwerbsarbeit und Vermögen sowie aus den vorgelagerten staatlichen Transfersystemen nicht ausreicht, um den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Bewilligung von Sozialhilfe ist dabei an die Bereitschaft des Hilfesuchenden geknüpft, seine Arbeitskraft und sein gesamtes Einkommen zur Finanzierung des Lebensunterhaltes einzusetzen. Daraus ergibt sich jedoch ein Dilemma. Zum einen soll Erwerbstätigkeit von Sozialhilfeempfängern gefördert werden, zum anderen wird das daraus resultierende Einkommen größtenteils auf die Sozialhilfeleistung angerechnet. Die hohe Anrechnungsquote führt nur zu einer unwesentlichen Einkommenssteigerung und setzt deswegen kaum Anreize zur Aufnahme beispielsweise einer niedrigentlohten Beschäftigung. Dieser Zusammenhang wird in der These der „Sozialhilfe- bzw. Arbeitslosigkeitsfalle“ beschrieben: Die Aufnahme einer Beschäftigung lohnt sich im Bereich der Sozialhilfegrenzen finanziell kaum, so daß Nichterwerbstätigkeit und damit der Verbleib in Sozialhilfe durchaus rational sein kann.<sup>3</sup> Die empirische Relevanz dieser These ist jedoch nicht unumstritten.<sup>4</sup>

Einer der Reformansätze zur Überwindung der Sozialhilfefalle ist der Verordnungsentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG-Kombilohn).<sup>5</sup> Im Kern zielt der Vorschlag darauf ab,

<sup>2</sup> Die Sozialhilfe läßt sich unterteilen in *Hilfe in besonderen Lebenslagen* auf der einen und *laufende Hilfe zum Lebensunterhalt* auf der anderen Seite. Sozialhilfe steht nachfolgend für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt.

<sup>3</sup> Vgl. z.B. OECD: The OECD Jobs Study, Part II. Paris 1994.

<sup>4</sup> Vgl. HACKENBERG, H.; WAGNER, G.: Arbeitsanreize und Arbeitshemmnisse für Sozialhilfeempfänger, Wirtschaftsdienst Nr. 4, 1997, S. 220-226.

<sup>5</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT: Entwurf einer zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des § 76 des Bundessozialhilfegesetzes. Bonn 1997. Der Begriff Kombilohn wird hier in einem weiten Sinn – als Form der finanziellen Aufstockung des Erwerbseinkommens – verstanden. Eine andere inhaltliche Ausgestaltung des Begriffs Kombilohn findet sich beispielsweise im Vorschlag der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Vgl. Niedriglöhne schaffen, Transfersysteme reformieren, Arbeitgeber, Nr. 12/49, 1997, S. 392-398.

einen im Vergleich zum Status quo größeren Teil des Erwerbseinkommens von der Anrechnung auf die Sozialhilfe freizustellen und durch diesen höheren Freibetrag die Arbeitsanreize zu stärken. Der Vorteil einer entsprechenden Änderung besteht in einem möglichen Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Wesentlich für die Beurteilung eines solchen Ansatzes sind jedoch auch die mit seiner Umsetzung verbundenen fiskalischen Effekte bei den Sozialhilfekassen.

Einerseits führt die Erwerbsaufnahme eines arbeitslosen Sozialhilfeempfängers zu niedrigeren Unterstützungsleistungen und damit zu einer Kostenentlastung für die Kommunen als Sozialhilfeträger. Andererseits resultieren aus dem BMG-Kombilohn nicht nur Einsparungen. Es werden auch Mitnahmeeffekte durch bereits erwerbstätige Sozialhilfeempfänger und einer Ausdehnung des Kreises der Anspruchsberechtigten wirksam, die im Ergebnis zu einer steigenden Kostenbelastung führen können. Konkret sind die finanziellen Effekte von der jeweiligen Veränderung der Freibeträge und den daraus resultierenden Arbeitsangebotsreaktionen der Sozialhilfeempfänger sowie der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt abhängig.

Dabei beschränkt sich die Ermittlung der fiskalischen Effekte im folgenden auf die unmittelbar bei den Sozialhilfeträgern anfallenden Kosten und Ersparnisse. Volkswirtschaftliche Rückwirkungen über erhöhte Einnahmen der Sozialversicherungen, höheres Steueraufkommen des Staates, steigenden Konsum etc. bleiben unberücksichtigt.

#### **Maximaler Freibetrag im Status quo: 260 DM**

Das verfügbare Einkommen eines erwerbstätigen Sozialhilfeempfängers setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: der Sozialhilfe und einem Freibetrag. Der Freibetrag ist der Teil des Erwerbseinkommens, der nicht auf die Sozialhilfe angerechnet wird und damit zu einer Steigerung des verfügbaren Einkommens durch Erwerbsarbeit führt. Das Niveau des Freibetrags wird durch die Höhe des Erwerbseinkommens bestimmt.<sup>6</sup>

Beispielsweise werden in Sachsen-Anhalt Nettoeinkommen bis zu einem Betrag von 130 DM monatlich nicht auf die Sozialhilfe angerechnet. Das heißt, bis zu dieser Grenze vergrößert jede zur So-

zialhilfe hinzuverdiente Mark das verfügbare Einkommen in vollem Umfang. Beträge, die 130 DM übersteigen, wirken nur noch zu 15 vH einkommenserhöhend. Ab einem Erwerbseinkommen von 995 DM im Monat bis zum Erreichen der Sozialhilfeschwelle (SHS)<sup>7</sup> zieht eine Steigerung des Erwerbseinkommens eine Kürzung der Sozialhilfe in derselben Höhe nach sich. Dieses Intervall, in dem das verfügbare Einkommen eines Sozialhilfeempfängers auch bei wachsendem Erwerbseinkommen konstant bleibt, wird im folgenden als *Stagnationsbereich* bezeichnet (vgl. Abbildung). In diesem Bereich beträgt der Freibetrag 260 DM. Damit ist auch die maximale Einkommensverbesserung durch Erwerbsarbeit im Rahmen der Sozialhilfe für Sozialhilfeempfänger benannt.

#### **Stärkere Differenzierung der Freibeträge durch BMG-Kombilohn**

Während im beschriebenen Status quo für alle Beschäftigungsverhältnisse und alle Personen die gleichen Bedingungen gelten, wird vom BMG eine stärkere Differenzierung der Hinzuverdienstregelung vorgeschlagen. Dies geschieht durch die Aufnahme zweier zusätzlicher Komponenten:

- Eine *Kinderkomponente* sieht eine Steigerung des Freibetrags je zu berücksichtigendem Kind vor.
- Eine *Sozialversicherungskomponente* sorgt für einen niedrigeren Freibetrag, wenn es sich um eine geringfügige Beschäftigung handelt. Die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit erhöht dagegen den Freibetrag.

Aufgrund der Kinderkomponente stellt sich die Situation für Haushalte mit Kindern in der Neuregelung besser dar als für Alleinlebende oder Paare ohne Kinder.

Durch die zweite Komponente wird ein stärkerer Anreiz zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit geschaffen. Die Einkommensgrenze für geringfügige Beschäftigung beträgt in Ostdeutschland zur Zeit 520 DM.

Aus den Übersichten der jeweiligen verfügbaren Einkommen in der Abbildung wird deutlich, daß die Differenz zwischen Status quo und BMG-Vorschlag sowohl von dem entsprechenden Haushaltstyp als auch von der Höhe des Erwerbs-

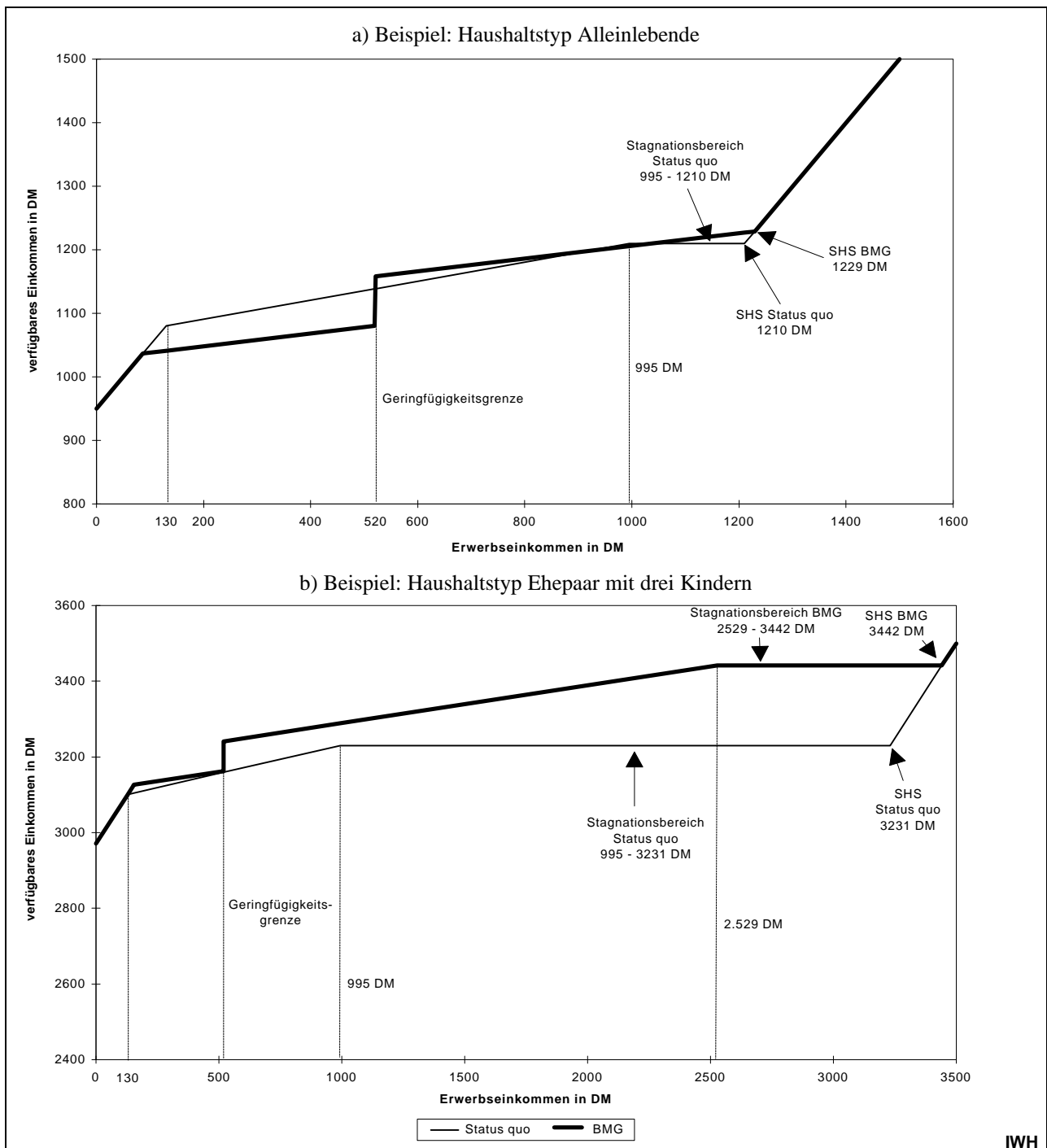
<sup>6</sup> Bundessozialhilfegesetz (BSHG) § 76. Aufgrund der besseren Darstellbarkeit wird die obige Erläuterungsform gewählt. Aus Sicht des Sozialhilfeempfängers erfolgt der Zufluß aus den beiden Einkommensarten natürlich umgekehrt: Das Erwerbseinkommen wird ergänzend mit Sozialhilfe in Höhe des Freibetrags aufgefüllt.

<sup>7</sup> Die Sozialhilfeschwelle benennt den Betrag des Einkommens, bei dessen Überschreitung kein Anspruch auf Sozialhilfe mehr besteht. Die Höhe der Sozialhilfeschwelle hängt von der Haushaltszusammensetzung ab und beträgt in Sachsen-Anhalt für einen Alleinlebenden momentan 1.210 DM und für ein Ehepaar mit drei Kindern 3.231 DM.

Abbildung:

Verfügbares Einkommen für erwerbstätige Sozialhilfeempfänger in Abhängigkeit von der Höhe des Erwerbseinkommens

- Annahme: Sozialhilfe und Erwerbseinkommen sind alleinige Einkommensquellen -



einkommens abhängt. Für Alleinlebende läßt sich durch die gesunkenen Möglichkeiten zur Steigerung des verfügbaren Einkommens im Bereich geringfügiger Beschäftigung eine deutliche Verringerung der Arbeitsanreize erkennen. Oberhalb der Sozialversicherungsgrenze sind hingegen höhere Freibeträge im BMG-Vorschlag zu konstatieren. Die Erhöhung

der verfügbaren Einkommen fällt für Alleinlebende jedoch marginal aus. Mit zunehmender Kinderzahl – hier dargestellt am Beispiel eines Ehepaares mit drei Kindern – wird die Einkommenserhöhung immer deutlicher, so daß spürbare Anreizwirkungen zur Arbeitsaufnahme von der Neuregelung ausgehen können.

Zudem zeigt sich, daß der Stagnationsbereich (konstantes verfügbares Einkommen bei steigendem Erwerbseinkommen) nach dem BMG-Kombilohn später einsetzt als im Status quo.<sup>8</sup> Der Stagnationsbereich beginnt im Status quo bei einem Erwerbseinkommen von 995 DM. Diese Grenze wird im BMG-Vorschlag teilweise erheblich nach oben verschoben. Der maximale Freibetrag für ein Ehepaar mit drei Kindern wird erst bei einem Nettoeinkommen von 2.529 DM erreicht. Er beträgt hier 471 DM und ist damit um 211 DM höher als im Status quo.

Festzuhalten bleibt, daß nach dem BMG-Kombilohn der Anreiz zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit bis auf wenige Ausnahmen durch höhere Freibeträge steigt. Bei geringfügiger Beschäftigung hat der Reformansatz hingegen eine Verschlechterung der Einkommenssituation zur Folge; unter Einbeziehung der Kinderkomponente können jedoch auch hier in geringem Umfang positive Anreizwirkungen entstehen.

Bei der Untersuchung der Effekte der beschriebenen Veränderungen werden im folgenden drei Gruppen unterschieden:

- arbeitslose Sozialhilfeempfänger,
- erwerbstätige Sozialhilfeempfänger und
- Neueintritte in die Sozialhilfe.

### ***Arbeitslose Sozialhilfeempfänger als primäre Zielgruppe des BMG-Kombilohns***

Aufgrund der stärkeren Differenzierung der BMG-Freibeträge ergeben sich aus der breiten Spanne möglicher finanzieller Effekte auch unterschiedliche Anreize zur Arbeitsaufnahme, die zu individuellen Reaktionen von arbeitslosen Sozialhilfeempfängern führen.

Auf der Basis eines mikroökonomischen Modells<sup>9</sup> lassen sich diese individuellen Reaktionen auf die jeweils differierenden Freibetragsänderungen abschätzen. Die Berechnungen stützen sich als Datengrundlage auf den Arbeitsmarktmonitor<sup>10</sup> Sach-

sen-Anhalt mit der Befragung von 1997. Die nachfolgenden Ergebnisse gelten somit für Sachsen-Anhalt, sind in ihrer Größenordnung jedoch auch auf die anderen ostdeutschen Bundesländer übertragbar. Bei einer Betrachtung der alten Bundesländer sind ähnliche Einspareffekte zu erwarten, da die empirisch ermittelten Arbeitsangebotsreaktionen durchaus westdeutschen Erfahrungswerten entsprechen. Am ehesten könnten Unterschiede auf der Kosten- seite vermutet werden. Möglicherweise differieren im unteren Bereich die Einkommensverteilungen zwischen Sachsen-Anhalt und Westdeutschland.

In der empirischen Analyse werden für arbeitslose Sozialhilfeempfänger die Veränderungen der Freibeträge, die entsprechenden Einkommensveränderungen und die daraus resultierenden Arbeitsanreize berechnet. Im Ergebnis wären durch den BMG-Kombilohn 2,4 vH der 22.500 arbeitslosen Sozialhilfeempfänger in Sachsen-Anhalt bereit, eine Tätigkeit mit einem Einkommen unterhalb der Sozialhilfegrenze anzunehmen.

### ***Arbeitsnachfrage bestimmt Einsparungen***

Die mit der Erwerbstätigkeit einhergehende Absenkung der Sozialhilfe führt zu einer Entlastung der Sozialhilfekassen. Die möglichen Einsparungen sind dabei von den individuellen Haushaltstypen und der Höhe des Einkommens abhängig. Im Durchschnitt ergibt sich nach den vorliegenden Modellrechnungen eine Ersparnis von jährlich 12.580 DM pro Sozialhilfeempfänger.

Die konkrete finanzielle Entlastung wird jedoch auch durch die Reaktion der Arbeitsnachfrage bestimmt. Unter der Prämisse, daß Arbeitslosigkeit von Sozialhilfeempfängern allein angebotsbedingt ist, trifft das zusätzliche Arbeitsangebot auf eine latent bereits vorhandene Arbeitsnachfrage und wird daher vollständig absorbiert. Unter dieser als Szenario 1 bezeichneten Annahme würden aus dem BMG-Kombilohn durch die Gruppe der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger Einsparungen in Höhe von 6,8 Mio. DM pro Jahr resultieren.

<sup>8</sup> Im Fall eines Alleinlebenden fällt der Stagnationsbereich sogar komplett weg, so daß Einkommensverbesserungen bis zur Sozialhilfeschwelle realisiert werden können.

<sup>9</sup> Dabei handelt es sich um ein Verfahren, welches das präferierte Arbeitsvolumen eines arbeitslosen Sozialhilfeempfängers in Abhängigkeit von der erzielbaren Lohnhöhe, dem Niveau des Freibetrages und individueller Charakteristika (Alter, Geschlecht, Bildung etc.) auf der Basis eines Nutzenmaximierungskalküls schätzt. Vgl. TRABERT, L.; DREGER, C.; KEMPE, W.; KOLB, J., a.a.O.

<sup>10</sup> Zum Arbeitsmarktmonitor vgl. WIENER, B.: Arbeitsmarktdaten Sachsen-Anhalt, Forschungsbeiträge zum Ar-

beitsmarkt in Sachsen-Anhalt, Band 8, Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit. Magdeburg 1995. Darüber hinaus wird das Sozio-Ökonomische-Panel (SOEP) für einige Fragestellungen herangezogen. Vgl. WAGNER, G.; SCHUPP, J.; RENDTEL, U.: Das Sozio-Ökonomische Panel (SOEP) – Methoden der Datenproduktion und -aufbereitung im Längsschnitt, in: Hauser, R.; Ott, N.; Wagner, G. (Hrsg.): Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Band 2: Erhebungsverfahren, Analysemethoden und Mikrosimulation, S. 70-112. Berlin 1994.

Die Prämisse, daß das gesamte zusätzliche Arbeitsangebot auf eine entsprechende Nachfrage trifft, ist jedoch nur eine der denkbaren Möglichkeiten. Eine Lockerung dieser Annahme zieht erhebliche Einschränkungen der errechneten finanziellen Entlastungen nach sich. Im Extremfall einer rein nachfragebedingten Arbeitslosigkeit reagiert die Arbeitsnachfrage überhaupt nicht auf das zusätzliche Angebot und keiner der Sozialhilfeempfänger findet eine Arbeitsstelle. Dementsprechend lassen sich in diesem Szenario 2 auch keine Einsparungen erzielen.

Die Szenarien 1 und 2 beschreiben die gesamte Spannweite der möglichen Einspareffekte. Tatsächlich dürfte die Zahl der neuentstehenden Arbeitsplätze zwischen diesen beiden Extremwerten liegen, so daß in Sachsen-Anhalt eine finanzielle Entlastung von jährlich maximal 6,8 Mio DM durch den BMG-Vorschlag möglich ist.

### ***Mitnahmeeffekte durch bereits erwerbstätige Sozialhilfeempfänger***

Die neue Bemessung der Freibeträge nach dem BMG-Kombilohn ist nicht nur ein potentielles Anreizinstrument für arbeitslose Sozialhilfeempfänger. Sie impliziert zusätzlich finanzielle Veränderungen für bereits erwerbstätige Sozialhilfeempfänger, auch wenn sich an deren bisherigem Erwerbsverhalten nichts ändert. Mit Ausnahme des Geringfügigkeitsbereichs wird Erwerbseinkommen mit einem geringeren Betrag als bisher auf die Sozialhilfe angerechnet. Aus Sicht der Sozialhilfeträger führt dies zu wachsenden Sozialhilfeleistungen und damit zur Entstehung von Mitnahmeeffekten. Darüber hinaus können geringfügig Beschäftigte wegen der niedrigeren Anreize in diesem Einkommensbereich ihr Arbeitsvolumen reduzieren. Der daraus resultierende Einkommensverlust begründet ebenfalls höhere Sozialhilfeansprüche und wirkt auf der Seite des Fiskus kostensteigernd.

Für die rund 2.200<sup>11</sup> erwerbstätigen Sozialhilfeempfänger in Sachsen-Anhalt ergeben sich je nach Höhe des Einkommens und des Haushaltstyps unterschiedliche Veränderungen der Freibeträge. Während ein Alleinstehender mit einem Erwerbseinkommen von rund 600 DM pro Monat eine Erhöhung des Freibetrags um 16 DM erwarten kann, liegt die Differenz für Ehepaare mit drei Kindern und einem Verdienst von 2.000 DM bei 158 DM

(vgl. auch Abbildung). Im Durchschnitt aller Erwerbseinkommen und Haushaltstypen erhöhen sich die Ausgaben je betrachtetem Erwerbstätigen um monatlich 76 DM. Insgesamt entsteht den Sozialhilfeträgern aus der Gruppe der erwerbstätigen Sozialhilfeempfänger eine Kostenbelastung von rund 2 Mio. DM jährlich.

Den Modellrechnungen zufolge sind die durch den BMG-Vorschlag induzierten Verhaltensänderungen unter bereits erwerbstätigen Sozialhilfeempfängern vernachlässigbar, so daß von dieser Seite keine zusätzlichen Einspareffekte zu erwarten sind.

### ***Potentielle Neueintritte in die Sozialhilfe sind größter Kostenfaktor***

Weitere Mitnahmeeffekte sind von der Gruppe der potentiellen Neueintritte in die Sozialhilfe zu erwarten. Erwerbstätige Personen, die unter Status-quo-Bedingungen mit ihrem Haushaltseinkommen relativ knapp oberhalb der Sozialhilfeschwelle liegen, können durch den gestiegenen BMG-Freibetrag sozialhilfeberechtigt werden.

Für die Erfassung der Neueintritte sind die individuellen Haushaltseinkommen sowie die entsprechend den Regelungen geltenden Sozialhilfeschwellen von Bedeutung. Befindet sich das Haushaltseinkommen zwischen der Status-quo-Schwelle und der höheren BMG-Schwelle, liegt nach Einführung der Neuregelung eine potentielle Sozialhilfeberechtigung vor. Allerdings geht aus dieser Abgrenzung noch nicht hervor, ob der potentielle Sozialhilfeanspruch auch tatsächlich geltend gemacht wird. Bereits unter den derzeitigen Bedingungen werden zustehende Sozialhilfeleistungen nicht wahrgenommen. Dies geschieht aufgrund mangelnder Information, Scham oder aus Angst vor dem Rückgriff auf Verwandte. Schätzungen gehen davon aus, daß nur etwa 30 vH der Sozialhilfeberechtigten auch Sozialhilfe beziehen.<sup>12</sup> Bei Zugrundelegung dieser Inanspruchnahmequote zeigt die Analyse des Arbeitsmarktmonitors, daß sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Sachsen-Anhalt durch Neueintritte um rund 4.100 Personen oder 6,4 vH<sup>13</sup> erhöhen würde. Daraus ergeben sich fiskalische Belastungen durch ergänzende Sozialhilfe von jährlich etwa 4,3 Mio. DM.

<sup>11</sup> Basis 1996. Für 1997 liegen noch keine Zahlen über die Anzahl der erwerbstätigen Sozialhilfeempfänger in Sachsen-Anhalt vor.

<sup>12</sup> Vgl. RENTZSCH, D.: Dynamische Armutsforschung in Ostdeutschland – Dauer und Ursachen von Sozialhilfeverläufen im sozialpolitischen Kontext, in: Rehberg, K.-S. (Hrsg.): Differenz und Integration – Die Zukunft moderner Gesellschaften, Band II, S. 561-567. Opladen 1997.

<sup>13</sup> Hochgerechnet auf die Zahl aller Sozialhilfeempfänger in Sachsen-Anhalt 1996.

Unter Einbeziehung möglicher Verhaltensänderungen ist ferner zu berücksichtigen, daß für einen Teil der Neueintritte eine Reduktion des Arbeitsangebots rational sein kann: Im Stagnationsbereich (vgl. Abbildung b) führt eine Verminderung des Erwerbseinkommens nicht zu einer Einbuße des verfügbaren Einkommens. Ein geringeres Arbeits-einkommen wird hier vollständig mit Sozialhilfe aufgefüllt. Neueintritte können also ihr Arbeitsvolumen im Stagnationsbereich ohne Einkommensverlust reduzieren, da sich die Sozialhilfeleistungen ausgleichend erhöhen. Für die Kommunen resultieren aus dem Stagnationseffekt folglich steigende Kosten. Je nachdem, inwieweit der Stagnationseffekt ausgeschöpft wird, erreichen diese zusätzlichen Kosten bis zu 2,7 Mio. DM.<sup>14</sup> Die gesamten Kosten durch Neueintritte lassen sich demnach auf maximal 7 Mio. DM pro Jahr beziffern.

### **Kosten übersteigen Einsparungen**

Wird der BMG-Kombilohn in die Realität umgesetzt, sind nicht unerhebliche Mitnahmeeffekte für die Gruppen der erwerbstätigen Sozialhilfeempfänger und der Neueintritte zu erwarten. Insgesamt ist mit 6,4 bis 9 Mio. DM zusätzlichen Belastungen der Kommunen zu rechnen, die unabhängig von den unterstellten Nachfragereaktionen sind. Auf der anderen Seite stehen Einsparungen, wenn sich das zusätzliche Arbeitsangebot der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger auf dem Arbeitsmarkt realisieren läßt. Die Höhe der Einsparungen ist dabei jedoch von der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt abhängig, deren mögliche Reaktion durch die beiden Extremfälle in den Szenarien 1 und 2 abgebildet ist: Je größer die Anzahl der zusätzlich erwerbstätigen Sozialhilfeempfänger ist, desto mehr Sozialhilfeleistungen werden durch eigenes Einkommen ersetzt (vgl. Tabelle). In Szenario 1 läßt sich das zusätzliche Arbeitsangebot vollständig realisieren. Dadurch entstehen Einsparungen in Höhe von jährlich 6,8 Mio. DM. Werden diese Einsparungen den Kosten gegenübergestellt, ergibt sich eine Nettoersparnis von 0,5 Mio. DM. Unter Berücksichtigung des Stagnationseffektes würde jedoch eine finanzielle Nettobelastung in Höhe von bis zu 2,2 Mio. DM resultieren.

Auch in Szenario 2 lassen sich Einsparungen erzielen, obwohl die Arbeitsnachfrage annahmegemäß

Tabelle:

Finanzielle Gesamteffekte des BMG-Kombilohns für die Sozialhilfeträger in Sachsen-Anhalt 1997  
- in Mio. DM pro Jahr -

	Szenario 1	Szenario 2
<i>Arbeitslose Sozialhilfeempfänger</i>		
Kosten	0	0
Ersparnis <sup>a</sup>	6,8	0 bis 0,14
<i>Erwerbstätige Sozialhilfeempfänger</i>		
Kosten	2,0	2,0
Ersparnis	0	0
<i>Neueintritte in Sozialhilfe</i>		
Kosten <sup>a</sup>	4,3 bis 7,0	4,3 bis 7,0
Ersparnis	0	0
Nettokosten <sup>a</sup>	-0,5 bis 2,2	6,3 bis 8,9

<sup>a</sup> Die Spannweite innerhalb der Szenarien entsteht durch die unbekannte Ausnutzung des Stagnationseffektes.

nicht steigt. Der vorher beschriebene Stagnationseffekt führt bei den Neueintritten in die Sozialhilfe zu einer Reduktion des Arbeitsangebots. Auf diese Weise wird auch bei konstanter Arbeitsnachfrage Arbeitsvolumen frei. Da arbeitslose Sozialhilfeempfänger hier jedoch mit allen Arbeitslosen um diese Nachfrage konkurrieren, können sie hier nur entsprechend ihrem Anteil an allen Arbeitslosen partizipieren.<sup>15</sup> Die daraus entstehenden Einsparungen sind deswegen auch nur marginal und betragen höchstens 140.000 DM. Somit dominieren in Szenario 2 eindeutig die Kosten und führen zu Mehrausgaben von etwa 6,3 bis 8,9 Mio. DM.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse aus der Tabelle, daß der BMG-Vorschlag vor allem durch die potentiellen Neueintritte trotz niedriger Inanspruchnahmequote ein erhebliches Kostenpotential birgt. Lediglich am unteren Rand des optimistischen Szenarios 1 können durch den BMG-Kombilohn Nettoeinsparungen in Höhe von 0,5 Mio. DM realisiert werden. Für die anderen Varianten sind dagegen Mehrkosten der Sozialhilfeträger zu konstatieren, die im Land Sachsen-Anhalt an der Spitze bei 8,9 Mio. DM pro Jahr liegen.

Hinsichtlich der Arbeitsmarktbilanz kann resümiert werden, daß aus dem BMG-Vorschlag positive Beschäftigungswirkungen resultieren. Die Di-

<sup>14</sup> Bisher liegen keinerlei empirische Erfahrungen über den Ausschöpfungsgrad des Stagnationseffektes vor. Eine Reduzierung des Arbeitsvolumens setzt neben der Bereitschaft der Arbeitnehmer aber auch entsprechende Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung voraus.

<sup>15</sup> Der Anteil von arbeitslosen Sozialhilfeempfängern an allen Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt beträgt knapp 10 vH.



mensionen sind auf den ersten Blick jedoch enttäuschend: Selbst unter der restriktiven Annahme einer allein an finanziellen Aspekten orientierten Arbeitsangebotsentscheidung der Sozialhilfeempfänger bieten nur 2,4 vH der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger in Sachsen-Anhalt zusätzlich Arbeit an. Diese eher marginalen Arbeitsmarkteffekte können angesichts der teilweise nur geringen Freibetrags erhöhungen allerdings auch nicht verwundern. Die Freibetragsänderungen des BMG-Kombilohns sind in ihrer Anreizwirkung letztlich nicht so gravierend, als daß spürbare Beschäftigungseffekte wirksam werden könnten. Hier zeigt sich ein generelles Dilemma dieser Reformansätze. Eine großzügigere Anrechnung würde über höhere Einkommen zwar zu einer stärkeren Ausdehnung des Arbeitsangebots führen. Wie bereits die Diskussionen um die Einführung einer negativen Einkommensteuer deutlich gemacht haben, wäre dies jedoch mit dem Nachteil behaftet, daß die Einkommensgrenze, die noch einen Anspruch auf Sozialhilfe begründet, faktisch angehoben wird. Der damit verbundene Effekt einer steigenden Anzahl von Neueintritten in die Sozialhilfe ist wiederum mit erheblichen Kosten verbunden. Trotz positiver Wirkungen stoßen solche Anreizin-

strumente daher schnell an finanzielle Grenzen und sind allein kaum ausreichend, um Sozialhilfeempfänger verstärkt in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Deswegen sollten arbeitsangebotssteigernde Elemente Teil eines breiter angelegten Ansatzes sein, der auch die individuelle Situation von Sozialhilfeempfängern stärker berücksichtigt. Ein solche Strategie könnte zusätzlich beispielsweise die Schaffung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, eine bessere Verzahnung der Aktivitäten von Sozial- und Arbeitsämtern, die Einschaltung von Vermittlungsagenturen, Anreize zur Einstellung von Sozialhilfeempfängern für (private) Arbeitgeber und Qualifikationsmaßnahmen für Sozialhilfeempfängern beinhalten.<sup>16</sup> Allerdings sollte nicht vergessen werden, daß auch diese Vorschläge nicht frei von Problemen sind.

Erfolgversprechend dürfte nur eine auf die konkreten Schwierigkeiten bei der Eingliederung von Sozialhilfeempfängern in den ersten Arbeitsmarkt abzielende Kombination verschiedener Instrumente sein.

Jürgen Kolb (jko@iwh.uni-halle.de)

Lioba Trabert (ltr@iwh.uni-halle.de)

Christian Dreger (cdr@iwh.uni-halle.de)

Wolfram Kempe (wke@iwh.uni-halle.de)

## Bulgariens erste Erfahrungen mit seinem Currency board

*Zum 1. Juli 1997 führte Bulgarien ein Currency board ein. Ein solcher Mechanismus ist grundsätzlich ein geeignetes Instrument, um hyperinflationäre Tendenzen, wie sie in Bulgarien zu Beginn des Jahres 1997 zu beobachten waren, zu bekämpfen. Auch in Bulgarien wurden die in das Currency board gesetzten Erwartungen erfüllt. Eine zentrale Rolle spielte dabei, daß hierdurch eine Stabilisierung von Erwartungen auf Seiten der Wirtschaftssubjekte erreicht und die Geldentwertung nachhaltig eingedämmt wurde. Nachteilig könnte sich in Zukunft die begonnene reale Aufwertung der Landeswährung Lew auswirken, wenn hierin eine Kosteninflation zum Ausdruck kommt. Notfalls muß die verfolgte Strategie der Stabilisierung in Form des Currency boards sogar wieder fallengelassen werden, um eine störungsfreie gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu sichern.*

### Wirkungsweisen von Currency boards

Die Preisstabilisierung ist ein wichtiges Element der Transformationsprozesse in Mittel- und Osteu-

ropa. Zur Sicherung monetärer Stabilität griffen bislang viele Transformationsländer auf eine wechsellkursbasierte Politik zurück. Einige Länder wie beispielsweise Polen, Ungarn und – bis Mai 1997 – Tschechien banden ihre Landeswährungen an einen Währungskorb. Estland und Litauen untermauerten ihre Wechselkursfixierung durch ein *Currency board*. Bulgarien führte nach einer kurzen Phase der Hyperinflation ebenfalls – mit Wirkung vom 1. Juli 1997 – ein *Currency board* ein.

Die Grundidee eines *Currency boards* ist es, durch die Aufgabe einer eigenständigen Geldpolitik und die Anbindung an die Währung eines Ankerlandes dessen geldpolitische Glaubwürdigkeit zu

<sup>16</sup> Vgl. beispielsweise HACKENBERG, H.; WAGNER, G. a.a.O. und ROSENFELD, M.: Arbeit für Sozialhilfeempfänger: Zwischen welchen Wegen können wir heute wählen?, Wirtschaftsdienst, Nr. 9, 1997, S. 505-512, sowie für einen Überblick der amerikanischen Erfahrungen mit unterschiedlichen Ansätzen: GUERON, J.M.; PAULY, E.: From Welfare to Work. New York 1991. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß solche Vorschläge bereits teilweise Eingang in die Sozialhilfepraxis gefunden haben.

importieren. Der Verzicht auf eine eigenständige Geldpolitik soll in einer Stabilisierung der Inflationserwartungen der Wirtschaftssubjekte münden und die Grundlage für eine realwirtschaftliche Erholung legen. Im Rahmen eines *Currency boards* wird der Wechselkurs der heimischen Währung auf eine bestimmte Parität gegenüber einer Ankerwährung fixiert. Die inländische Zentralbank verpflichtet sich dazu, zu der Parität auf Verlangen jeden Betrag heimischer Währung in die Ankerwährung umzutauschen. Um dieser Verpflichtung stets nachkommen zu können, bedarf es einer vollständigen Deckung der heimischen Geldmenge durch die Währungsreserven der Zentralbank. Die so gewonnene Wechselkursstabilität hat allerdings auch ihren Preis. Erfahrungsgemäß ist davon auszugehen, daß sich die inländische Inflationsrate nur graduell an diejenige im Ankerwährungsland annähert. Dies ist gleichbedeutend mit einer realen Aufwertung der heimischen Währung, womit in der Regel negative Wirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Leistungsbilanz verbunden sind. Die Wahl des Wechselkurses, mit dem das *Currency board* betrieben wird, erlangt somit entscheidende Bedeutung. Es ist daher empfehlenswert, das Wechselkursregime mit einer real deutlich unterbewerteten Währung zu beginnen, um ausreichenden Spielraum für eine spätere reale Aufwertung zu gewinnen.<sup>17</sup>

Durch die Einführung eines *Currency boards* entfällt definitionsgemäß der Wechselkurs als flexibler Anpassungsmechanismus. Hierdurch werden Anpassungslasten verstärkt auf andere volkswirtschaftliche Größen verlagert. Dies kann sich bei einer ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung in Verbindung mit bestehenden Rigiditäten – beispielsweise bei nach unten starren Löhnen – in einem Anstieg der Arbeitslosigkeit niederschlagen.

### **Bulgariens Weg zum *Currency board***

Zum Jahreswechsel 1996/97 geriet die bulgarische Wirtschaft nach 1990 und 1994 zum dritten Mal seit Beginn der Systemtransformation in schwere Zahlungsbilanzprobleme. Diese drückten sich in der Unmöglichkeit, den Wechselkurs zu stabilisieren, und in einer annähernden Erschöpfung der Devisenreserven aus. Von Februar 1996 bis Februar 1997 verlor der Lew (BGL) gegenüber der D-Mark mehr als 95 vH seines Wertes. Der mo-

natsdurchschnittliche Wechselkurs zur D-Mark stieg dabei von 52 BGL auf über 1.200 BGL.<sup>18</sup> Die Devisenreserven waren zwischen Oktober 1995 und Dezember 1996 auf 750 Mio. DM zusammengesmolzen. Das entsprach weniger als 35 vH des Ausgangsbestandes der Periode. Begleitet wurde diese Krise von einem extremen Preisanstieg und einem deutlichen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Gemessen an der Zunahme des Konsumentenpreisindex lagen die durchschnittlichen monatlichen Preissteigerungsraten im ersten Quartal des Jahres 1997 bei mehr als 75 vH. Das reale Bruttoinlandsprodukt ging 1996 um 10,9 vH zurück.

Vor diesem Hintergrund entschloß sich die bulgarische Regierung, das *Currency board* einzurichten.<sup>19</sup> Noch 1994 hatten die Weltbank und der Internationale Währungsfonds Bulgarien empfohlen, von einem System, bei dem sich der Wechselkurs zwar am Markt herausbildet, die Zentralbank aber kontrollierend eingreift, (*managed float*) zu einem System mit vorangekündigten nominalen Abwertungen (*crawling peg*) überzugehen. Diese Option stand 1997 nicht mehr zur Verfügung. Eine derartige Wechselkurspolitik hätte die Bulgarische Nationalbank (BNB) kaum noch glaubhaft vermitteln können, da sie zuvor häufig von der bulgarischen Regierung für deren Politik instrumentalisiert worden war.

Zentrales Element auf dem Weg zur Einführung des *Currency boards* war das neue Gesetz über die Bulgarische Nationalbank, verabschiedet am 5. Juni 1997.<sup>20</sup> Dessen Ziel besteht in der Herstellung und Sicherung der externen Konvertibilität des Lew. Dazu verpflichtet es die BNB auf die Garantie, jederzeit heimische Währung in D-Mark und D-Mark in Lew zu einem festen Wechselkurs von 1.000,- BGL / 1,- DM umzutauschen.<sup>21</sup> Das neue Gesetz entzieht der BNB die Möglichkeiten zu eigenständigen geld- und kreditpolitischen Maßnahmen. Offen-Markt-Geschäfte sind ihr untersagt; eine Kreditgewährung an

<sup>18</sup> Sofern nicht anders vermerkt, stammen alle statistischen Angaben von der Bulgarischen Nationalbank oder dem Nationalen Statistischen Institut.

<sup>19</sup> Die ersten Überlegungen hierzu entstammten noch der Zeit vor der Übergabe der Regierungsverantwortung an die Übergangsregierung unter Stefan Sofijanski, vgl. *Bulgarian socialists prepare for a new government*, in: OMRI daily digest, Nr. 13, 20. Januar 1997, Teil 2.

<sup>20</sup> *Däržaven Vestnik* (Staatlicher Anzeiger) 1997, Nr. 47.

<sup>21</sup> Eine geringe Schwankungsbreite ist zugelassen, die durch kurzfristige Differenzen zwischen Angebot an Devisen und Nachfrage nach Devisen zustande kommen kann.

<sup>17</sup> Vgl. MEISSNER, T.: Rückschläge bei der Transformation Mittel- und Osteuropas – das Beispiel Bulgariens; in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 8/1997, S. 13-17.

Tabelle:

## Ausgewählte Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung Bulgariens

Indikator	1994	1995	1996	1997	1998 <sup>a</sup>
BIP (real, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH)	1,8	2,1	-10,9	-6,9	2,0
Inflation (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH, Periodenendvergleich)	121,9	32,9	310,8	578,6	16,0
Arbeitslosenquote (Periodenendwert in vH)	12,8	10,5	12,5	13,7	14,5
Saldo der Leistungsbilanz (in Mio. US-Dollar)	-31,9	-25,6	81,8	445,7	100,0
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz (in Mio. US-Dollar)	303,1	119,9	-715,2	401,2	
Direktinvestitionen (in Mio. US-Dollar)	105,4	98,4	137,5	498,9	
Portfolioinvestitionen (in Mio. US-Dollar)	-231,8	-65,8	-129,3	76,6	
<i>Nachrichtlich:</i> Inflation Deutschland (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH, Periodenendvergleich)				1,8	1,3

<sup>a</sup> Prognosen des IWH.

Quellen: Bulgarian National Bank: Monthly bulletin (verschiedene Ausgaben); Berechnungen des IWH.

die Regierung oder Regierungsinstitutionen ist ihr verboten, es sei denn im Rahmen von Spezialarrangements mit dem Internationalen Währungsfonds.<sup>22</sup>

### **Fortgesetzte reale Aufwertung bei verzögerter realwirtschaftlicher Belebung**

Binnen kurzer Frist erreichte Bulgarien eine merkliche Stabilisierung seiner monetären Situation. Noch im Februar 1997 waren die Preise im Vergleich zum Vormonat um mehr als 200 vH gestiegen. Der merkliche Rückgang der Geldentwertungsraten erfolgte bereits vor Einführung des *Currency boards*. Seit April 1997 liegen die durchschnittlichen Preissteigerungsraten gegenüber dem Vormonat, gemessen an der Veränderung des Konsumentenpreisindex, im einstelligen Bereich. Im Jahresendvergleich betrug die Inflation für das gesamte Jahr 1997 rund 580 vH (vgl. Tabelle). Bei einer Fortsetzung des Trends niedrigerer Preissteigerungsraten erscheint für das Jahr 1998 eine durchschnittliche Inflationsrate von 16 vH realistisch.

Da seit Einführung des *Currency boards* der Wechselkurs des Lew zur Reservewährung D-Mark unverändert blieb, ergab sich eine reale Aufwertung. Allein für die zweite Hälfte des Jahres 1997 betrug diese gegenüber der D-Mark knapp 15 vH (vgl. Abbildung 1). Trotzdem stellte sich für das Gesamtjahr 1997 aufgrund der stark gesunkenen Importe im ersten Quartal des Jahres – also noch vor Einführung des *Currency boards* – eine verbesserte Handelsbilanz ein. Der Außenhandelsüberschuß wuchs 1997 um mehr als das Doppelte. Im

Ergebnis erhöhte sich auch der Leistungsbilanzüberschuß, und zwar um mehr als das Fünffache auf knapp 800 Mio. DM. Ursächlich hierfür war zum einen die Tatsache, daß sich vor Einführung des *Currency boards* die starke nominale Abwertung auf die Importpreise auswirkte. Zum anderen dürfte sich im weiteren Verlauf des Jahres die Zahl der offiziell erfaßten Exporttransaktionen durch die Einführung des *Currency boards* erhöht haben, weil ein Teil des zuvor im Rahmen der Schattenwirtschaft betriebenen Außenhandels nach der erfolgten Stabilisierung wieder legal abgewickelt wurde.

Die Einführung des *Currency boards* und der damit verbundene Rückgang der Inflationsrate haben das Vertrauen in den bulgarischen Lew erheblich gestärkt. Als Folge davon wurde die in den Vorjahren zu beobachtende Währungssubstitution teilweise rückgängig gemacht. Dies läßt sich an der Entwicklung des Anteils heimischer Währung an der weitesten ausgewiesenen bulgarischen Geldmenge, dem *Broad money*,<sup>23</sup> verfolgen. Mittlerweile beträgt dieser wieder mehr als 50 vH, nachdem er zu Beginn des Jahres 1997 kurzzeitig auf gut ein Viertel abgerutscht war (vgl. Abbildung 2). Verbunden war diese erhöhte Nachfrage nach liquiden Mitteln mit einem Anstieg des Bestandes der bulgarischen Gold- und Währungsreserven. Diese stiegen im ersten halben Jahr nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes über die Bulgarische Nationalbank um mehr als die Hälfte auf über 4,4 Mrd. DM. Bereits in der ersten Jahreshälfte, im Vorfeld der Einführung des *Currency boards*, waren dem Land Mittel dieser Art in einem Gegenwert von etwa 1,5 Mrd. DM zugeflossen. Dieser

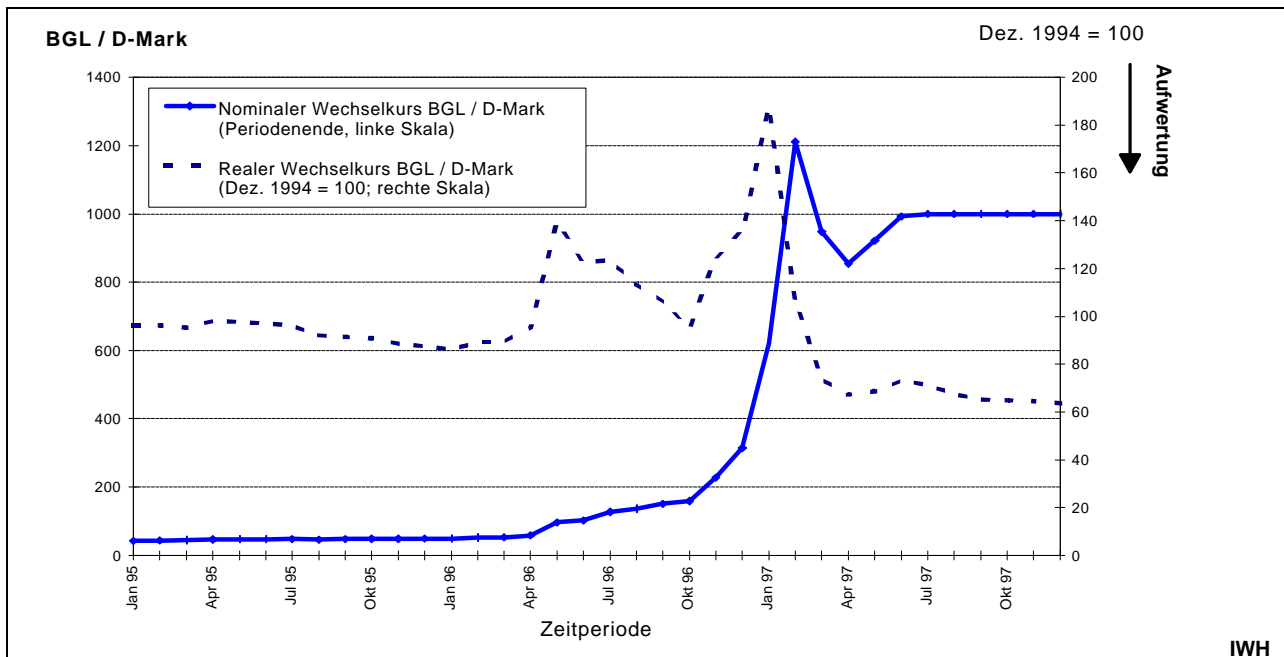
<sup>22</sup> Die BNB kann laut Gesetz kurzfristige Zinsen festlegen. Diese müssen sich allerdings faktisch an den Zinssätzen im Ankerwährungsland Deutschland orientieren.

<sup>23</sup> Das *Broad money* entspricht im wesentlichen der Geldmenge M3 plus Fremdwährungsguthaben.

Abbildung 1:

Entwicklung des realen und des nominalen Wechselkurses BGL / D-Mark 1995-1997

- Deflationierung mit dem bulgarischen Verbraucherpreisindex -



Quellen: Bulgarian National Bank: Monthly bulletin (verschiedene Ausgaben); Berechnungen des IWH.

eingeschlagene Trend setzte sich auch in den ersten fünf Monaten des Jahres 1998 fort.

Als Ausdruck des gestiegenen Vertrauens in die bulgarische wirtschaftliche Entwicklung ist auch der Anstieg ausländischer Investitionen zu werten. Der in der Kapitalverkehrsbilanz zu beobachtende positive Saldo der Portfolioinvestitionen stellte für Bulgarien ein *Novum* für die Zeit seit der Transformation dar. Die ausländischen Direktinvestitionen, lange Zeit nur äußerst zögerlich nach Bulgarien geflossen,<sup>24</sup> erlebten gleichfalls einen Auftrieb. Der Netto-Zustrom dieser Mittel erreichte 1997 ein Niveau von knapp 500 Mio. US-Dollar oder 900 Mio. DM. Damit überstiegen sie die Summe aller insgesamt in den sechs Jahren zuvor zugeflossenen Netto-Direktinvestitionen.

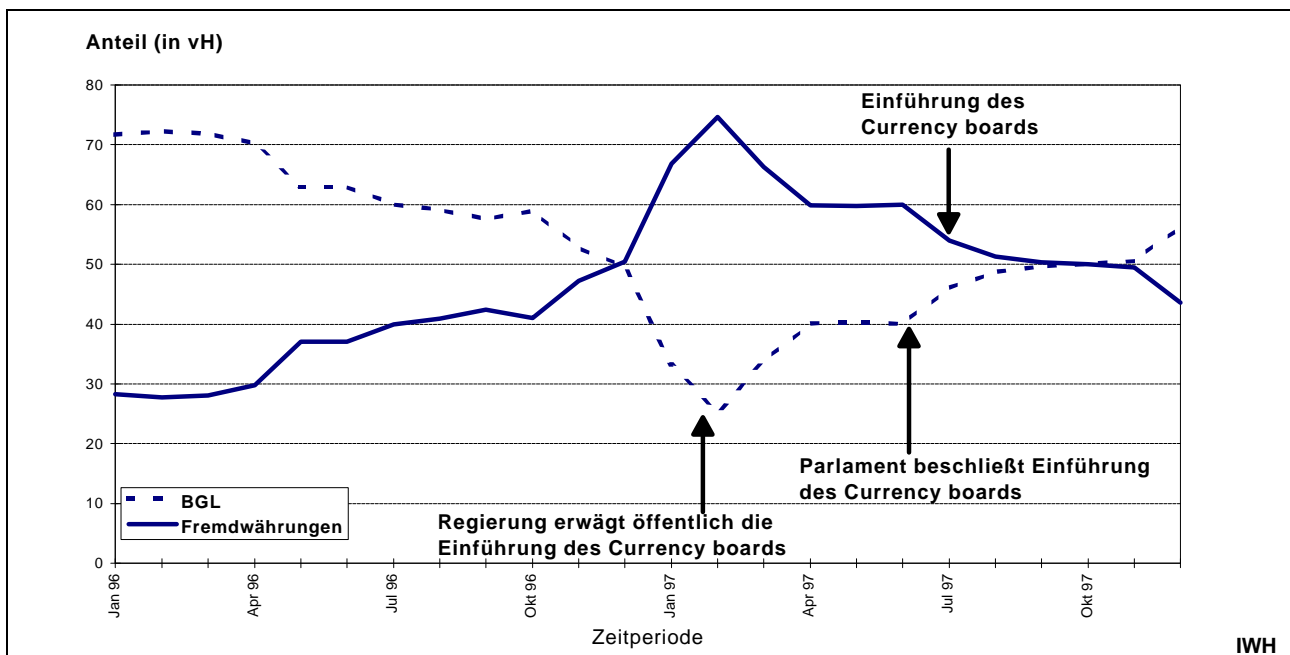
Die gesamtwirtschaftliche Produktion reagierte mit einer Zeitverzögerung auf die Stabilisierung der ökonomischen Rahmenbedingungen. Über das gesamte Jahr 1997 betrachtet fiel das Bruttoinlandsprodukt Bulgariens um 6,9 vH. Mittlerweile deuten aber die statistischen Kennziffern auf eine Stärkung der Auftriebskräfte der Volkswirtschaft hin. So zeigen vorläufige Zahlen, daß in den ersten beiden

Monaten des Jahres 1998 die Verkäufe bulgarischer Industrieunternehmen die Vergleichswerte des Vorjahres um ca. 10 vH übertrafen. Dagegen leidet der Einzelhandel weiterhin unter den stark gesunkenen Realeinkommen der Bevölkerung. Die Verkäufe des Einzelhandels übertrafen in den ersten zwei Monaten des Jahres 1998 die Vergleichswerte des Krisenzeitpunktes Januar/Februar 1997 nicht.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg 1997 im Jahresendvergleich um knapp 10 vH. Dies beruhte nicht zuletzt darauf, daß die Regierung, zur Aufrechterhaltung des *Currency boards* um eine Haushaltskonsolidierung bemüht, begann, verlustbringende Staatsbetriebe zu schließen. Die offiziell ausgewiesene Arbeitslosenquote betrug zum Jahresende 13,7 vH. Ein höherer Jahresendwert war zuletzt 1993 gemeldet worden. Zum Jahreswechsel 1997/98 wies innerhalb des Baltikums, Ostmittel- und Südosteuropas keines der Reformländer mit EU-Assoziationsstatus eine ähnlich hohe Arbeitslosenquote wie Bulgarien auf. Anders als in den beiden Vorjahren fiel die Quote Ende März 1998 nicht mehr höher aus als drei Monate zuvor. Bei einer konsequenten Fortsetzung des eingeschlagenen Weges wirtschaftlicher Reformen sind aber weitere Betriebsschließungen zu erwarten, die einen erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit nach sich ziehen dürften.

<sup>24</sup> MEISSNER, T.: Foreign direct investment in Bulgaria – the significance of the "value of waiting to invest", in: Schönfelder, B. (Hrsg.): Problems of privatization in Bulgaria. München. Südosteuropa aktuell Nr. 24, 1997, S. 79-94.

Abbildung 2:  
Devisen- und Lewanteile an der Geldmenge (*Broad money*)



Quellen: Bulgarian National Bank: Monthly bulletin (verschiedene Ausgaben); Berechnungen des IWH.

### ***Stark eingeschränkte Kreditvergabe***

Die in Bulgarien vorgenommenen Veränderungen der monetären Rahmenbedingungen und die durchgeführte Stabilisierung bedürfen einer Unterstützung durch einen effizient operierenden Finanzsektor. Um dies zu erreichen, wurden Reformen bei der Bankenaufsicht eingeleitet. Zudem wurden Schritte unternommen, die Banken einer harten Budgetrestriktion zu unterwerfen. Gut ein Drittel aller Bankhäuser wurde aus Liquiditäts- oder Rentabilitätsgründen geschlossen. Diese Maßnahmen sollten nicht zuletzt dazu beitragen, daß die inländischen Banken ihre Kreditvergabe an Rentabilitätsabwägungen ausrichten.

Obwohl die Geschäftsbanken mittlerweile wieder über Reserven verfügen, welche die Mindestanforderungen der BNB übersteigen, schlägt sich dies nicht in einer ausgedehnten Kreditvergabe nieder. Unsicherheiten wie die hohe Anzahl als zweifelhaft oder sogar uneinbringlich eingestuft Kreditverträge aus der Vergangenheit haben Geschäftsbanken dazu veranlaßt, sehr zurückhaltend bei der Ausreichung neuen Kredits zu sein. Dies wird an der Entwicklung der Kreditbestände deutlich. Der Gesamtbestand inländischer Kredite entsprach real Ende 1997 nur noch ca. 38 vH des Bestandes vom Ende 1996. Das Verhalten der Geschäftsbanken ist einerseits als ein Zeichen dafür zu werten, daß die Kreditvergabepraxis tatsächlich anfängt, sich stärker an Effizienzgesichtspunkten zu ori-

entieren. Hierzu hat auch – eine Folge allgemein einsetzender Reformbestrebungen – beigetragen, daß die Banken seit kurzem angehalten sind, vor einer Kreditvergabe den Nachweis erheblicher Sicherheiten zu verlangen. Andererseits besteht die Gefahr, daß insbesondere die privaten Nichtbanken von einer hinreichenden Versorgung mit Kredit zunehmend abgeschnitten werden. So weiteten die Privaten ihren absoluten Bestand an erhaltenem Kredit im Jahre 1997 preisbereinigt nicht aus. Kreditausreichungen an private Nichtbanken kamen zuletzt nahezu nicht mehr vor.

### ***Die fortgesetzte reale Aufwertung als Gefahr für das Currency board***

Von dem Zeitpunkt der Einführung des *Currency boards* Mitte 1997 bis zum Jahresende 1998 dürfte sich der Preisauftrieb in Bulgarien auf immerhin knapp 35 vH summieren. Vor dem Hintergrund dessen, daß in Deutschland, dem Land der Reservewährung, nahezu Preisstabilität herrscht, ist zu fragen, ob nicht die zwar zurückgehenden, aber immer noch deutlich positiven Inflationsraten im Innern zu einer die wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens hemmenden realen Aufwertung führen. Dabei ist zu beachten, daß Inflationsdifferenziale zum Ausland nicht immer negative Effekte haben müssen. Bedeutsam ist unter anderem, ob eine hohe Inflation mit steigenden Lohnstückkosten im Innern

einhergeht, die die Unternehmensgewinne reduzieren. Eine solche Entwicklung kann die Wettbewerbsfähigkeit der im globalen Wettbewerb stehenden Unternehmen nachhaltig beeinträchtigen. Handels- und Leistungsbilanzdefizite könnten die Folge sein. Auf Dollar- oder D-Mark-Basis haben sich die Löhne zwischen Februar 1997 und Februar 1998 in etwa verdreifacht – mit weiter steigender Tendenz.

Innerhalb der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas ist es insbesondere Estland, das längere Erfahrungen mit einem *Currency board* gemacht hat. Binnen eineinhalb Jahren nach der Einführung dieses Systems stieg der Bestand ausländischer Devisenreserven bei der estnischen Zentralbank um mehr als das Dreifache. Einher ging dies mit einer starken realen Aufwertung. Der reale Wechselkurs der Landeswährung Kroon fiel zwischen Juni 1992 und Dezember 1993 gegenüber der Reservewährung D-Mark um etwa 60 vH.

Estland begann sein *Currency board* mit einer stark unterbewerteten Währung. Bulgarien hingegen

wertete den Lew real nicht nachhaltig ab (vgl. Abbildung 1). Angesichts der fortgesetzten realen Aufwertung gerät die Aufrechterhaltung des bulgarischen *Currency boards* in Gefahr. Eine Revision des Lew/D-Mark-Wechselkurses stellt zukünftig sicherlich eine Option dar. Diese Option auszuüben ist jedoch durch das formelle Gesetzgebungsverfahren, das einer Wechselkursanpassung vorausgehen muß, nicht einfach. Alternativ dazu könnten die in Bulgarien wirtschaftspolitisch Verantwortlichen ankündigen, unter welchen Bedingungen ein Übergang beispielsweise zu einem *crawling peg* erfolgen könnte. Auch in anderen Reformländern Mittel- und Osteuropas, die mit rigiden Wechselkurssystemen arbeiten, wird über einen Übergang zu flexibleren Mechanismen nachgedacht.<sup>25</sup> Zum Vorteil der wirtschaftlichen Entwicklung sollte ein Aufgeben des *Currency board*-Regimes kein Tabu sein.

Thomas Meißner  
(thm@iwh.uni-halle.de)

## Vorlauf des Exports im Konjunkturverlauf verringert sich

*Zwischen den Ländern der Europäischen Union wird der Konjunkturverbund immer enger. Dahinter steht neben einer Annäherung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen vor allem eine zunehmende Verflechtung der Volkswirtschaften. Diese Entwicklung impliziert einen Rückgang der time-lags, mit denen die konjunkturellen Impulse aus dem Ausland auf die Binnenkonjunktur übergreifen. Die Multiplikatoreffekte einer Veränderung der Exportnachfrage werden demzufolge schneller als früher wirksam. Wie eine Analyse für ausgewählte Zeiträume zwischen 1970 und 1997 zeigt, kann das konjunkturelle Muster einer zeitverzögerten Wirkung der Entwicklung der Ausfuhren auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität auf Basis der vierteljährlich verfügbaren Daten im Durchschnitt nicht nachgewiesen werden.*

*Für die empirische Konjunkturforschung weisen diese Ergebnisse darauf hin, daß der Vorlauf des Exports vor der Binnenkonjunktur insgesamt geringer geworden ist. Das schließt allerdings nicht aus, daß – wie in der gegenwärtigen Konjunkturphase – an einzelnen konjunkturellen Wendepunkten ein nur zögerliches Übergreifen der außenwirtschaftlichen Impulse auf die Inlandsnachfrage zu beobachten ist.*

### **Der zeitliche Zusammenhang zwischen dem Export und dem Bruttoinlandsprodukt**

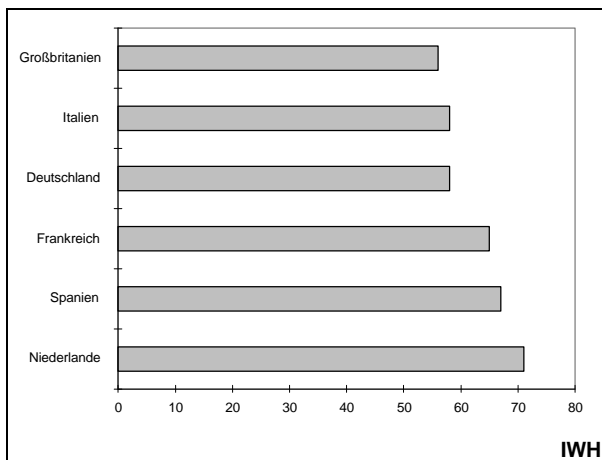
In einer empirischen Studie zur Frage des Strukturwandels und der realwirtschaftlichen Verflechtungen in der Europäischen Union (EU-15) kommen Buiges et al.<sup>26</sup> zu dem Ergebnis, daß die Transaktionen zwischen den Volkswirtschaften bereits in hohem Maße von Liefer- und Leistungsverflechtungen geprägt sind. Ein Blick auf die Abbildung zeigt in diesem Zusammenhang, daß der Binnenmarkt für die EU-Länder der mit Abstand wichtigste Absatzmarkt ist. So wickeln beispielsweise die Niederlande über 70 vH und Deutschland knapp 60 vH der Außenhandelstransaktionen auf dem Gemeinsamen Markt ab.

Die von Buiges et al. herausgearbeiteten Ergebnisse werfen aus Sicht der Konjunkturforschung die Frage auf, ob eine wachsende Verflechtung der Märkte Rückwirkungen auf die *time-lags* zwischen

<sup>25</sup> Vgl. ORLOWSKI, L. T.: Exchange rate policies in Central Europe in response to the EMU. IWH-Diskussionspapier Nr. 75/1998.

<sup>26</sup> Vgl. BUIGES, P. et. al.: Industrieller Strukturwandel im europäischen Binnenmarkt. Anpassungsbedarf in den Mitgliedstaaten. Economica Verlag, Bonn 1991.

Abbildung:  
Anteil der Intrahandelstransaktionen (Export und Import) am Gesamthandel 1996 für ausgewählte EU-Länder  
- in vH -



Quelle: EUROSTAT.

der Entwicklung des Exports und der des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) hat. Folgt man den traditionellen Erklärungsmustern<sup>27</sup> der Übertragung konjunktureller Impulse zwischen offenen Volkswirtschaften, dann wird in den meisten Ansätzen und Analysen an den konjunkturellen Wendepunkten ein dominierender Einfluß der Auslandskonjunktur behauptet. Dieses zeitliche Muster müßte sich in einem Vorlauf der Exportentwicklung vor dem Anziehen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität widerspiegeln, da die Multiplikatoreffekte<sup>28</sup> aus der Veränderung der Ausfuhren erst mit einer gewissen Verzögerung auf die binnenwirtschaftlichen Variablen übergreifen.

Den theoretischen Hintergrund bildet hier der Einkommensansatz<sup>29</sup> zur Ermittlung der multiplikativen Wirkung von exogenen Veränderungen einzelner Nachfragekomponenten (hier des Exports) auf das Volkseinkommen (Bruttoinlandsprodukt). Diese von Keynes (1936) für die Analyse der Einkommenswirkungen einer Veränderung der staatlichen Nachfrage in einer geschlossenen Wirtschaft verwendete Multiplikatortheorie wurde u.a. von

Stolper (1947) und Robinson (1952) auf die offene Volkswirtschaft übertragen. Autonome Veränderungen der Nachfrage nach Exportgütern führen im Kontext dieser Modelle zu einer multiplikativen Veränderung des Volkseinkommens, wobei zwischen der Ursache (Entwicklung des Exports) und der Wirkung (der Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität) eine zeitliche Verzögerung – ein *time-lag* – zu beobachten ist.

Bei einer sehr engen wirtschaftlichen Verflechtung<sup>30</sup> kann allerdings vermutet werden, daß sich das Muster eines zeitverzögerten Übergreifens außenwirtschaftlicher Impulse auf die Binnenkonjunktur in den üblicherweise in der Konjunkturforschung verwendeten Quartalsdaten nicht mehr nachweisen läßt, da die multiplikativen Wirkungen aus einer Änderung der Nachfrage nach Exportgütern tendenziell immer schneller wirksam werden, der *time-lag* demzufolge sinken muß. Zwischen den (vierteljährlichen) Veränderungsdaten des Exports und denen des realen BIP kann insofern eher ein Gleichlauf erwartet werden.<sup>31</sup>

### Das Konzept der GRANGER-Kausalitäten

Die Vermutung, daß zwischen der vierteljährlichen Entwicklung der Ausfuhren und der des realen Bruttoinlandsprodukts ein Gleichlauf besteht, wird im folgenden als Nullhypothese bezeichnet. Diese wird mit Hilfe des Konzepts der GRANGER-Kausalitäten (vgl. Kasten) geprüft. Anhand von GRANGER-Kausalitäten kann untersucht werden, ob zwischen der Entwicklung von zwei Variablen noch statistisch nachweisbare (signifikante) zeitliche Verzögerungen zu beobachten sind. Der Test wird für zwei Zeiträume – 1970/I bis 1979/IV und 1980/I bis 1997/IV (für Deutschland - alte Bundesländer - 1994/IV) – durchgeführt, wobei als Trennungskriterium die Gründung des Europäischen Währungssystems (EWS)<sup>32</sup> 1979 zugrunde gelegt wurde. Eine Abgrenzung nach Konjunkturzyklen bietet dagegen keine wirkliche Alternative, da sich die Testergebnisse als weitgehend robust gegenüber einer Veränderung des Zeitraumes erweisen.

<sup>27</sup> Vgl. TICHY, G.: Konjunktur. Stilisierte Fakten, Theorie, Prognose. Springer-Verlag Heidelberg 1994, sowie ASSENMACHER, W.: Konjunkturtheorie. Oldenbourg, München 1995.

<sup>28</sup> Vgl. ROSE, K.; SAUERNEIMER, K.: Theorie der Außenwirtschaft. Vahlen. München 1992, sowie WILLMS, M.: Internationale Währungspolitik. Vahlen. München 1995.

<sup>29</sup> Vgl. zu diesen Ausführungen ROSE, K.; SAUERNEIMER, K., a.a.O. sowie WILLMS, M., a.a.O.

<sup>30</sup> Vgl. BUIGES, P. et. al., a.a.O.

<sup>31</sup> Ein Vorlauf des Exports wäre in diesem Kontext bei Monatsdaten möglicherweise noch nachweisbar. Solche Angaben liegen hier aber nicht vor.

<sup>32</sup> Vgl. dazu auch KRÄMER, J.W.: Die Bedeutung der Exporte für die westdeutsche Konjunktur, in: Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Die Weltwirtschaft 3/1993.



### Der GRANGER-Test\*

Beim GRANGER-Test wird untersucht, ob eine Variable  $x$  (Export) kausal für eine Variable  $y$  (Bruttoinlandsprodukt) ist. Kausalität bedeutet hier, daß (1) die Ursache der Wirkung zeitlich vorangeht, und (2) die verursachende Zeitreihe  $x$  hinsichtlich der verursachten Zeitreihe  $y$  besondere Informationen enthält, die einen signifikanten zusätzlichen Erklärungsbeitrag leisten. Die Testgleichung lautet:

$$y_t = a + \sum_{i=1}^n d_i y_{t-i} + \sum_{i=1}^n b_i x_{t-i} + u_t.$$

$y_t$  steht für die Veränderungsraten des realen Bruttoinlandsprodukts,  $x_t$  für die Veränderungsraten des Exports (beide Größen werden dabei mit unterschiedlichen zeitlichen Verzögerungen  $t-i$  in die Berechnung einbezogen).  $u_t$  ist ein Residuum, in dem alle „restlichen“ Einflüsse auf  $y_t$  - fehlende erklärende Größen oder Meßfehler - erfaßt sind;  $a$  eine im linearen Regressionsmodell enthaltene Konstante. Da nur der Erklärungsgehalt des Exports für das BIP interessiert, werden die Koeffizienten  $d_i$  im folgenden nicht diskutiert. Die Signifikanz der Koeffizienten  $b_i$  wird mit Hilfe eines partiellen F-Tests geprüft, wobei unterschiedliche zeitliche Verzögerungen (*lag*-Längen) berücksichtigt werden. Die Signifikanz der Testwerte kann anhand des jeweils mit ausgewiesenen Signifikanzniveaus beurteilt werden. Liegt das Signifikanzniveau über der Irrtumswahrscheinlichkeit (dem Testniveau), kann die Nullhypothese nicht abgelehnt werden, wobei eine Irrtumswahrscheinlichkeit von  $\alpha=0,05$  festgelegt wird.

\* GRANGER, C.W.J. (1988): Some recent developments in a concept of causality. *Journal of Econometrics*, Vol. 39, 1988, pp. 199-211.

Die Tabelle enthält die Teststatistik (partieller F-Test) für den GRANGER-Kausalitätstest für Deutschland (alte Bundesländer), Frankreich, Italien, Großbritannien, die Niederlande und Spanien. Die Nullhypothese eines tendenziellen Gleichlaufs zwischen dem Export und dem BIP wird bei unterschiedlichen zeitlichen Verzögerungen mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 vH ( $\alpha=0,05$ ) geprüft. Die Testergebnisse sind nach aufsteigenden

*lag*-Längen – 2 bis 5 Quartale<sup>33</sup> – geordnet. Der Test wurde auch für höhere *lag*-Längen durchgeführt, um die Robustheit der Ergebnisse zu überprüfen.<sup>34</sup> Die Auswertung der Teststatistik kann mittels der ausgewiesenen *F*-Werte erfolgen, wobei niedrige Werte darauf hinweisen, daß zwischen beiden Zeitreihen keine signifikanten zeitlichen Verzögerungen feststellbar sind. Darauf wird hier aber verzichtet und statt dessen das in Klammern ausgewiesene Signifikanzniveau herangezogen. Dieses kann als Grad der Unterstützung der Nullhypothese interpretiert werden. Liegt das Signifikanzniveau des Testwertes über der vorgegebenen Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 vH, kann die Nullhypothese nicht abgelehnt werden.

Mit Blick auf die in der Tabelle zusammengefaßten Testergebnisse zeigt sich bei den Werten für Deutschland im ersten Zeitraum (1970/I- 1979/IV) ein Vorlauf der Ausfuhren vor der durch die Veränderungsraten des realen BIP abgebildeten gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Das zur jeweiligen Teststatistik gehörende Signifikanzniveau kennzeichnet im Vergleich zum vorgegebenen Testniveau von  $\alpha=0,05$  den Testwert als signifikantes Ergebnis. Die Nullhypothese kann damit durch die empirischen Daten nicht gestützt werden. Im zweiten Zeitabschnitt sind demgegenüber statistisch nicht-signifikante *F*-Werte nachweisbar. Die Nullhypothese eines Gleichlaufes zwischen beiden Zeitreihen kann akzeptiert werden, da die Regressionskoeffizienten der zeitverzögerten Wachstumsraten des Exports für die Zunahme des BIP statistisch nicht gesichert sind.

Für Frankreich, Italien, die Niederlande und Spanien werden für beide Zyklen niedrige *F*-Werte, deren Signifikanzniveau größer als die vorgegebene Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 vH ist, ausgewiesen. Die Nullhypothese kann vor diesem Hintergrund nicht abgelehnt werden. Zwischen der Entwicklung des Exports und der Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität konnte jeweils im

<sup>33</sup> Da die Daten nur in Quartalsform vorliegen, kann sich daraus für den Test eine gewisse Unsicherheit ergeben, weil z.B. nicht ausgeschlossen werden kann, daß die Testergebnisse bei Monatsdaten anders ausfallen als bei vierteljährlichen Angaben.

<sup>34</sup> Die Testentscheidung kann von den jeweils in die Berechnungen einbezogenen maximalen Verzögerungen beeinflusst werden. Aus diesem Grund sollte der GRANGER-Test immer auch für höhere *lag*-Längen durchgeführt werden, um Hinweise auf die Robustheit der Ergebnisse zu erhalten.



Tabelle:

Teststatistik für den GRANGER-Kausalitätstest zwischen den Ausfuhren und dem BIP<sup>a</sup> für ausgewählte EU-Länder

lag-Längen (in Quartalen)	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien
1970/I - 1979/IV						
2	2,74 (0,0820)	0,63 (0,5382)	0,15 (0,8597)	1,66 (0,2089)	0,16 (0,8562)	1,79 (0,1854)
3	2,94 (0,0530) <sup>b</sup>	0,43 (0,7359)	0,48 (0,6943)	1,73 (0,1858)	2,32 (0,4416)	1,49 (0,2418)
4	7,67 (0,0005) <sup>b</sup>	0,43 (0,7832)	0,53 (0,7132)	1,69 (0,2000)	-	1,70 (0,1845)
5	7,21 (0,0006) <sup>b</sup>	0,62 (0,6854)	1,09 (0,3957)	1,41 (0,2663)	-	0,76 (0,5908)
1980/I - 1997/IV						
2	2,11 (0,1305)	0,66 (0,5189)	0,13 (0,8814)	1,20 (0,3077)	1,34 (0,2689)	1,19 (0,3110)
3	1,56 (0,2087)	0,92 (0,4365)	0,72 (0,5409)	0,50 (0,6814)	2,39 (0,0766)	0,35 (0,7869)
4	1,56 (0,1981)	0,87 (0,4831)	2,91 (0,0285) <sup>b</sup>	0,46 (0,7648)	2,10 (0,0914)	0,26 (0,9004)
5	1,25 (0,2984)	0,79 (0,5587)	2,28 (0,0576)	0,36 (0,8767)	1,86 (0,1144)	0,25 (0,9370)

<sup>a</sup> Anstelle des Bruttoinlandsprodukts (BIP) kann alternativ auch die Gesamtnachfrage (berechnet als die Summe aus privatem Verbrauch, Staatsverbrauch, Investitionen und Export) verwendet werden, da der Export grundsätzlich einen Beitrag zur Gesamtnachfrage (d.h. vor Abzug des Imports) leistet. Der Test liefert dafür die gleichen Ergebnisse, d.h. die Testentscheidungen erweisen sich als relativ robust. – <sup>b</sup> Ablehnung der Nullhypothese bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 vH.

Quelle: OECD; Berechnungen des IWH.

Durchschnitt der beiden Zeiträume ein Gleichlauf beobachtet werden. Das bedeutet, daß die multiplikativen Einkommenswirkungen aus der Veränderung der Exportnachfrage sehr schnell wirksam geworden sind, so daß statistisch signifikante *time-lags* in den vierteljährlichen Reihen nicht mehr aufgetreten sind. Eine Ausnahme bildet hier Großbritannien, wo sich im Zeitraum 1980/I bis 1997/IV – allerdings nur bei sehr hohen *lag*-Längen – signifikante F-Werte zeigen. Das deutet darauf hin, daß die Ausfuhren wieder eine Vorreiterrolle für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung übernommen haben, auch wenn die Entscheidung im Vergleich zur vorgegebenen Irrtumswahrscheinlichkeit relativ knapp ausfällt. Ursache ist hier möglicherweise, daß sich die britische Konjunktur im wesentlichen vom Verlauf der kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften abgekoppelt hat, und konjunkturelle Impulse in Großbritannien schon seit einiger Zeit aus der Binnennachfrage – vor allem vom privaten Verbrauch – kommen.

### Implikationen

Die Ergebnisse des GRANGER-Tests weisen darauf hin, daß der Multiplikatoreffekt einer autonomen Veränderung der Nachfrage nach Exportgütern relativ schnell auf die binnenwirtschaftlichen Variablen übergreift. In den üblicherweise in der Konjunkturforschung verwendeten Quartalsdaten

sind keine signifikanten zeitlichen Verzögerungen zwischen der Entwicklung der Ausfuhren und den Veränderungsraten des realen BIP nachweisbar, was auf einen enger werdenden Konjunkturverbund hinweist. Dieser Befund läßt sich im Rahmen des Europäischen Währungssystems aus einem ab Mitte der 80er Jahre zunehmenden geldpolitischen Gleichschritt erklären. Nachdem sich der stabilitätsorientierte Kurs der Deutschen Bundesbank dort weitgehend durchgesetzt hatte, war auch eine tendenzielle Annäherung der konjunkturellen Verläufe zu beobachten.<sup>35</sup> Die weitere Angleichung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen – vor allem vor dem Hintergrund der Vorbereitungen auf die Europäische Währungsunion – hat den Gleichlauf der konjunkturellen Schwankungen in den 90er Jahren weiter verstärkt. Hinzu kommt, daß die realwirtschaftliche Integration der Volkswirtschaften relativ weit fortgeschritten ist, da es infolge des EU-Binnenmarktprogramms vor allem eine Intensivierung der Arbeitsteilung gegeben hat.<sup>36</sup>

<sup>35</sup> Vgl. SEIFERT, M.: Zum Konjunkturverbund in Westeuropa, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 14/1997. S. 9-12.

<sup>36</sup> Vgl. BUIGES, P. et. al., a.a.O. sowie LAASER, C.-F.: Ordnungspolitik und Strukturwandel im Integrationsprozeß. Das Beispiel Griechenlands, Portugals und Spaniens.

Vor diesem Hintergrund konnte die Auslandsnachfrage auch der Binnennachfrage nicht merklich (statistisch signifikant) vorauslaufen, was sich u.a. in sinkenden *time-lags*, mit denen der Exportmultiplikator wirksam wird, widerspiegelt. Mit Blick auf diese Ergebnisse zeigt sich damit auch, daß in Integrationsräumen eine eindeutige zeitliche Abgrenzung zwischen Binnen- und Außenkonjunktur tendenziell erschwert wird. Insofern wird sich die empirische Konjunkturforschung zunehmend von der Beobachtung nationaler Wirtschaftsräume lösen und den Konjunkturverbund im EU-Wirtschaftsraum (bzw. in der Europäischen Währungsunion) thematisieren müssen. Hier deutet sich an, daß in diesem Zusammenhang traditionelle Erklärungsansätze der Übertragung konjunktureller Impulse über Einkommensschwankungen durch solche Ansätze ergänzt werden sollten, die explizit sektorale Wirtschaftsverflechtungen und die hier bestehenden Transmissionsmechanismen berücksichtigen.

*Michael Seifert*  
*mst@iwh.uni-halle.de*

## Anziehende Binnenkonjunktur belebt ostdeutsches Investitionsgütergewerbe

Die *Geschäftslage* in der ostdeutschen Industrie hat sich laut Mai-Umfrage des IWH unter 300 Unternehmen erneut verbessert. Der Saldo aus positiven und negativen Urteilen ist gegenüber März nochmals um fünf Punkte auf der Bewertungsskala gestiegen und erreichte einen bisherigen Höchststand von 57 Punkten. Damit erlangten die Optimisten eine bislang noch nicht erreichte Dominanz. Im Vergleich zum Vorjahreswert nahm der Saldo um 13 Punkte zu.

Die Besserung der Geschäftslage geht maßgeblich auf die Investitionsgüterproduzenten zurück. Das kräftige Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland hat die ostdeutschen Hersteller von Investitionsgütern mitgezogen. Zwar war der Export nach wie vor die maßgebliche Triebkraft für das günstige Geschäftsgeschehen, die Inlandsnachfrage gewann jedoch deutlich an Gewicht. Besonders gut liefen die Geschäfte bei den Herstellern von elektrischen und elektronischen Erzeugnissen, sowie im Maschinen- und Fahrzeugbau. Die Vorleistungsgüterproduzenten hielten das hohe Niveau von der vorangegangenen Umfrage. In der Chemischen Industrie gaben neun von zehn Unternehmen eine positive Einschätzung zum Geschäftsgeschehen ab. Der Stimmungsaufschwung zeigt

sich nun auch bei den größeren Unternehmen. Diese Aufwärtstendenz wird gestützt durch stark steigende Auftragseingänge, jetzt zunehmend aus dem Inland. Zu beachten ist allerdings, daß der Zuwachs zum Vorjahr durch eine statistische Veränderung des Berichtskreises ab Januar 1998 leicht überzeichnet ist.

Die Ge- und Verbrauchsgüterhersteller sehen sich allerdings weiterhin mit einer anhaltenden Nachfrageschwäche konfrontiert. Ausgenommen davon sind die Produzenten von Nahrungsgütern und von Fahrzeugen. Bei den Fahrzeugherstellern kam es saisonbereinigt vom Januar zum März dieses Jahres zu einem kräftigen Anstieg der Bestellungen.

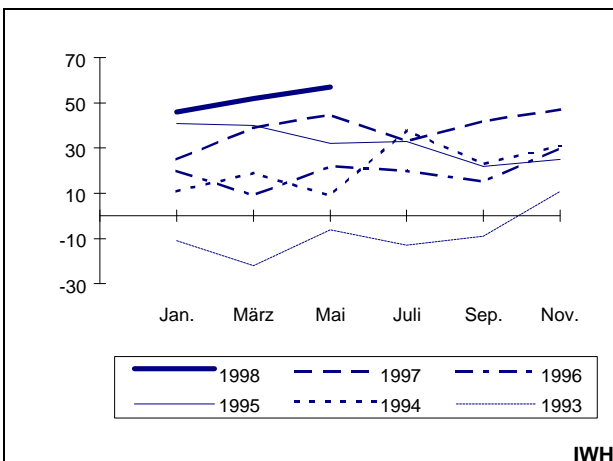
Drei Viertel der Unternehmen sehen ihre weitere Zukunft in einem günstigen Licht. Darunter beurteilt ein Drittel seine *Geschäftsaussichten* eindeutig mit dem Prädikat „gut“. Im Aufwind befinden sich die Erwartungen der Vorleistungsgüterproduzenten. Dagegen äußerten sich Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten im Vergleich zur vorangegangenen Umfrage zurückhaltender, mit Ausnahme der Hersteller von Nahrungsgütern. Hier hat sich der Erwartungshorizont weiter aufgehellt.

Doris Gladisch (dgl@iwh.uni-halle.de)

Tabelle:

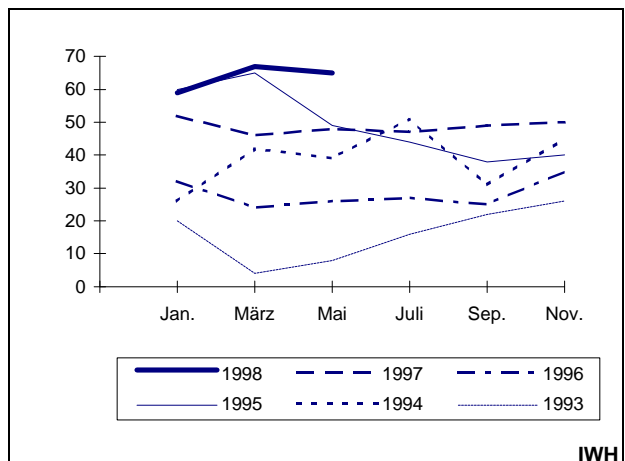
Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage in der ostdeutschen Industrie - Mai 1998

Abbildung 1:  
Entwicklung der Geschäftslage  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Abbildung 2:  
Entwicklung der Geschäftsaussichten  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrienumfragen.

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Mai 97	Mrz 98	Mai 98	Mai 97	Mrz 98	Mai 98	Mai 97	Mrz 98	Mai 98	Mai 97	Mrz 98	Mai 98	Mai 97	Mrz 98	Mai 98
	in vH der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup>														
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	22	25	28	50	51	51	23	21	19	5	3	2	44	52	57
Hauptgruppen <sup>b</sup>															
Vorleistungsgüter	24	33	31	52	52	53	20	13	14	4	3	3	53	69	68
Investitionsgüter	15	26	25	53	50	55	27	20	19	6	5	1	35	51	60
Ge- und Verbrauchsgüter	33	18	29	44	52	43	19	29	24	4	1	4	54	40	43
dar.: Nahrungsgüter	41	21	31	43	52	48	12	28	21	4	0	0	67	44	58
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	21	21	22	47	50	46	27	23	29	4	6	3	37	42	36
50 bis 249 Beschäftigte	20	27	27	52	52	52	25	19	19	3	3	2	43	58	59
250 und mehr Beschäftigte	25	22	41	47	47	44	19	28	15	8	3	0	44	38	70
Statusgruppen															
darunter:															
Privatisierte Unternehmen	22	26	30	52	51	51	23	19	18	4	3	2	47	55	61
Westdt./ausl. Investoren	23	31	33	52	49	51	22	17	13	4	2	2	49	60	68
Management-Buy-Outs	15	11	13	56	59	60	23	23	26	5	7	1	44	39	46
Reprivatisierer	16	31	34	53	41	34	25	28	32	6	0	0	38	44	37
Neugründungen	31	26	26	53	53	60	17	19	11	0	2	2	67	57	74
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	20	22	27	54	62	56	24	15	15	2	2	2	47	67	65
Hauptgruppen															
Vorleistungsgüter	23	26	26	56	59	61	18	12	10	3	3	2	58	70	74
Investitionsgüter	15	22	26	56	62	56	27	15	19	2	2	0	42	66	63
Ge- und Verbrauchsgüter	25	20	30	49	63	49	25	17	16	1	1	4	48	65	59
dar.: Nahrungsgüter	33	24	35	47	61	54	21	14	11	0	1	0	59	69	78
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	16	25	18	55	56	54	27	15	26	2	4	2	42	62	43
50 bis 249 Beschäftigte	22	22	27	53	62	57	25	14	13	1	2	2	48	68	69
250 und mehr Beschäftigte	17	16	37	51	66	48	26	19	15	6	0	0	37	63	70
Statusgruppen															
darunter:															
Privatisierte Unternehmen	20	22	29	54	62	55	23	14	15	3	2	2	48	68	67
Westdt./ausl. Investoren	20	26	32	53	61	54	24	12	11	3	1	2	47	74	72
Management-Buy-Outs	18	14	17	65	63	62	13	18	21	4	5	1	67	55	57
Reprivatisierer	16	26	27	50	51	49	31	23	24	3	0	0	31	54	51
Neugründungen	31	31	26	61	54	60	8	13	13	0	2	0	83	71	74

<sup>a</sup> Summe der Wertungen pro Jahr jeweils gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – <sup>b</sup> Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der WZ 93 angepaßt.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.